

Geschäftsführung
Bezirksvertretung Uellendahl-
Katernberg

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail
Datum

Erika Wawersig
563 2435
563 8111
Erika.Wawersig@stadt.wuppertal.de
22.04.2005

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg (SI/3772/05) am 21.04.2005

Anwesend sind unter dem Vorsitz von **Bezirksvorsteher Hans Joachim Lüppken:**

von der CDU-Fraktion

Herr Burkhard Josef Buse, Herr Daniel Eichler, Frau Heike Grüter, Herr Hans-Jörg Herhausen, Frau Margarete Kreß, Herr Klaus Kriesche, Frau Maria Schürmann,

von der SPD-Fraktion

Herr Matthias Dohmen, Frau Gabriela Ebert, Herr Ulrich Ippendorf, Herr Winfried Schrahe,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Irene Heiser, Herr Marcel Simon,

von der FDP

Frau Charlotte Weillbrenner,

von der WfW

Herr Dr. Reimar Kroll,

von der PDS

Herr Ulrich Danz,

als Vertreterin des Oberbürgermeisters

Frau Klaudia Dmuß,

als beratende Mitglieder

Frau Stv. Graetz, Herr Stv. Rösener, Herr Stv. J.P. Kühme,

von der Polizei

Herr van Heynsbergen,

von der Verwaltung

Frau Beig. Drevermann, Frau Fahrenkrog, Frau Bell und Frau Goos – SB Schulen,
Herr Warning – R Straßen und Verkehr.

Schriftführerin:

Erika Wawersig

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 19:50 Uhr

Der **Bezirksvorsteher** beglückwünscht **Frau Weilbrenner** im Namen der Bezirksvertretung zur Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Der **Bezirksvorsteher** teilt mit, dass TOP 10 – Freie Mittel für ein Spielgerät auf dem Kinderspielplatz Gabelpunkt / Kruppstraße – abgesetzt werden müsse, da nach Auskunft der Verwaltung dieser Kinderspielplatz im nächsten Jahr grundüberholt werden solle.

Öffentliche Sitzung

1

Berichte und Mitteilungen

1. Parkende LKWs in der Straße „Am Deckershäuschen“
 - Stellungnahme R Ordnungsaufgaben
 - Stellungnahme R Straßen und Verkehr
2. Räumliche Situation in der städt. Tageseinrichtung Am Deckershäuschen
 - Mitteilung SB Tageseinrichtung für Kinder
3. Baugenehmigung für ein Grundstück an der Nevigeser Straße
 - Schreiben eines Bürgers (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
4. Veränderung im Filialnetz der Deutschen Post
 - Mitteilung der Deutschen Post
5. Änderung der Verkehrsführung in der Straße Am Raukamp
 - Mitteilung R Straßen und Verkehr
6. Verkehrsgefährdung in der Straße Am Deckershäuschen
 - Schreiben eines Anwohners (zur Stellungnahme in der Verwaltung)
7. Haltestelle Metzmakersrath
 - Schreiben eines Bürgers (zur Stellungnahme bei WSW)
8. Der **Bezirksvorsteher** verweist auf den Wettbewerb „Hinweisschilder für Spielplätze“.

2

Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

keine Anfragen

3

Bezirksjugendrat

Der Bezirksjugendrat ist nicht anwesend.

4

Schulbezirksänderungen im Rahmen der Grundschulentwicklungsplanung Vorlage: VO/0388/05

Herr Dr. Kroll nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Die **CDU-Fraktion** verweist auf den Ratsbeschluss zum Erhalt der drei Grundschulen Kruppstraße, Hainstraße und Birkenhöhe.

Es habe jetzt sehr kurzfristig vor dieser Sitzung neue Gedankengänge der GS Birkenhöhe gegeben, die in eine neue Vorlage der Verwaltung eingearbeitet werden sollten.

Daher spreche sie sich für eine Vertagung aus.

Die **anderen Fraktionen** schließen sich – auch mit dem Hinweis auf die kurze Zeitspanne zwischen dem letzten Schreiben der GS Birkenhöhe, der Antwort der Verwaltung und dieser Sitzung sowie dem Einwand der Leiterin der GS Kruppstraße, dass sie über das letzte Schreiben der GS Birkenhöhe sowie die Antwort der Verwaltung darauf nicht informiert sei – dem Wunsch nach einer Vertagung an. Damit werde auch der Verwaltung noch einmal Gelegenheit

gegeben, über die Vorschläge der Schule nachzudenken.

Frau Bell führt aus, dass diese Vorlage einen langen Vorlauf gehabt habe. Es habe bisher sieben oder acht Vorschläge der Verwaltung zur Neuordnung der Schulbezirksgrenzen gegeben, die aber von den Schulen alle abgelehnt worden seien. Dieser Vorschlag sei nun ein Kompromiss, dem eigentlich alle Schulen – wenn auch in dem ein oder anderen Fall mit Bauchschmerzen – zugestimmt hätten. Dass die GS Birkenhöhe nun wieder mit neuen Vorschlägen komme, verstehe sie nicht ganz. Die Verwaltung halte diese Vorschläge für nicht praktikabel und es werde ihrerseits auch keinen neuen Vorschlag geben.

Frau Beig, Drevermann stellt fest, dass es darum gehe, drei Schulen nicht nur jetzt, sondern auch in ihrer Entwicklung stabil bei einer Zweizügigkeit zu halten. Wenn die Schulgrenzen nicht neu geordnet würden, könnte bei einer Schule zukünftig eine Einzügigkeit entstehen, wodurch der Erhalt der Schule auf Dauer gefährdet sei.

Irgendwann sei auch das Ende der Fahnenstange erreicht, es könnten nicht immer wieder neue Vorschläge gemacht werden.

Da aber die Beschlussfassung im Schulausschuss und im Rat erst im Juni erfolge, verschlage eine Vertagung auf die nächste Sitzung am 12.05. nichts. Bis dahin hätten alle Seiten die Gelegenheit, die Thematik zu überdenken.

Der **Bezirksvorsteher** betont, dass auch der Bezirksvertretung an einer Erhaltung dieser drei Grundschulen im Bereich Katernberg gelegen sei. Sie wolle auf keinen Fall, dass eine dieser Schulen durch eine tendenzielle Einzügigkeit in Zukunft geschlossen werden müsse.

Es müsse versucht werden, zu einer Lösung zu kommen, mit der alle drei Schulen leben könnten. Er schlage daher eine Vertagung bis zur Mai-Sitzung vor.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Die Bezirksvertretung vertagt die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

5 Schulbezirksänderungen im Rahmen der Grundschulentwicklungsplanung Vorlage: VO/0102/05-Neuf.

Auf den Hinweis der **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, dass der neue Schulbezirk der Grundschule Leipziger Straße flächenmäßig sehr groß sei und die Schule Bedenken angemeldet habe, erklärt der Schulleiter, **Herr Goeke**, dass diese Bedenken nicht mehr bestehen würden. Die Schule sei mit dieser Lösung einverstanden.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die 2. Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Bildung von Schulbezirken für die öffentlichen Grundschulen (Bekanntnisschulen) gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

6 Sanierung der Böcklintreppe

Herr Warning bezieht sich auf die Aussage der BV in der Sitzung am 10.03., dass die Treppe mit möglichst geringem finanziellen Aufwand instand gesetzt werden solle. Das sei auch Wille der Verwaltung; die Verwendung der Natursteinstufen verursache aber Mehrkosten in Höhe von ca. 6.500 € durch erforderlich werdende größere Einbauflächen.

Die **BV** ist aber trotz dieses Hinweises der Meinung, dass die Natursteinstufen – soweit möglich – erhalten werden sollten.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Die Bezirksvertretung beschließt die in der Sitzung am 10.03.2005 vorgestellte Variante B für die Sanierung der Böcklintreppe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit bei 1 Enthaltung (WfW)

**7 Verkehrssituation Kohlstraße
- Bürgerantrag**

Alle Fraktionen und **Mitglieder** sind der Meinung, dass es sich hier um eine Verkehrsstraße handle und die Tempo-30-Strecke nicht ausgeweitet werden solle.

Frau Schaffart – Antragstellerin – berichtet von Rasern, die eine Gefahr für die Fußgänger darstellten und kein Tempolimit beachten würden.

Der **Bezirksvorsteher** erklärt, dass dieses Problem in sehr vielen Straßen zu beobachten sei; dagegen helfe aber auch eine Ausweitung der Tempo-30-Strecke nicht.

Herr van Heynsbergen führt aus, dass die Polizei hier wie auch in anderen Straßen Tempomessungen vor Schulen durchführe und es natürlich immer wieder zu Überschreitungen komme. Er könne daher die Aussage des Bezirksvorstehers nur unterstützen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Die Bezirksvertretung schließt sich der Meinung der Verwaltung an, die Tempo-30-Strecke auf der Kohlstraße nicht auszuweiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

**8 Bauleitplanverfahren Nr. 963 -Bahnstr. Ost (Nösenberg)- (Bebauungsplan) -
erneute Offenlegung-
Vorlage: VO/0322/05**

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Es wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 963 –Bahnstraße Ost (Nösenberg)- erfasst eine Fläche, wie sie sich aus der Anlage 01 ergibt und dort zeichnerisch und verbal beschrieben ist.
2. Die zur ersten Offenlage des Bebauungsplanes in dem Zeitraum vom 14.05.2002 bis 18.06.2002 eingegangenen Anregungen werden entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung, wie in Anlage 03 dargelegt, behandelt.
3. Die Vorschriften des BauGB i.d. vor dem 20 Juli 2004 geltenden Fassung finden weiterhin Anwendung (§ 244 (2) BauGB 2004)
4. Die erneute Offenlegung des Bebauungsplanes wird gemäß § 3(2) BauGB beschlossen. Die Begründung ist beigefügt.
5. Anregungen können nur für die im Plan kenntlich gemachten Änderungen gegenüber der ersten Offenlegungsfassung vorgebracht werden (§ 3 Abs. 3 BauGB).
6. Gleichzeitig sollen alle dem Bebauungsplan entgegenstehenden Vorschriften und städtebaulichen Pläne für den Geltungsbereich aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

9 Einrichtung einer Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner - Antrag der FDP Vorlage: VO/0240/05

Frau Weilbrenner begründet kurz ihren Antrag.

Die **SPD-Fraktion** spricht sich im Grundsatz für die Beibehaltung der bisherigen Handhabung aus. Bürgerinnen und Bürger seien in dieser BV immer zu Wort gekommen und hätten ihre Anliegen vortragen können. Daran solle sich auch nichts ändern.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** unterstützt den Antrag der FDP grundsätzlich, regt aber die Einrichtung von 2x jährlich durchgeführten Bürgersprechstunden an.

Der **Bezirksvorsteher** zitiert § 26 a der Geschäftsordnung des Rates, in dem die Regularien für eine Einwohnerfragestunde festgelegt sind. Er stellt fest, dass der bisherige Umgang mit Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern weitaus liberaler gehandhabt worden sei als in der in § 26 a festgelegten Form.

Herr Dr. Kroll meint, dass sich der Antrag der FDP generell auf mehr Bürgernähe beziehe und keine unnötigen Formalitäten aufgebaut werden sollten. Er rege daher die Einrichtung einer Bürgersprechstunde bei jeder zweiten Sitzung an.

Der **Bezirksvorsteher** verweist auf den Wortlaut des FDP-Antrages, der sich ganz klar auf § 26 a der Geschäftsordnung berufe. Auch eine Bezirksvertretung sei an die Geschäftsordnung gebunden und könne nicht einfach davon abweichende Regelungen beschließen.

Die **CDU-Fraktion** schlägt vor, das Thema auf die nächste Sitzung zu vertagen. Bis dahin könnten sich alle Mitglieder der BV noch einmal Gedanken machen, wie mehr Bürgernähe praktikabel umgesetzt werden könne.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 21.04.2005:

Die Bezirksvertretung beschließt die Vertagung der Beschlussfassung auf die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit

Hans-Joachim Lüppken
Bezirksvorsteher

Erika Wawersig
Schriftführerin